

Die W&P Current Perspectives: Druck auf Schweizer Pharma: was für den Fiskus auf dem Spiel steht.

Der Gegenwind für die Schweizer Pharmaindustrie hat deutlich zugenommen. Die USA versuchen mit massivem politischem Druck, Produktionsstandorte ins Inland zu ziehen. Aufgrund der aussergewöhnlich hohen Produktivität der Branche stünden bei einer Verlagerung Staatseinnahmen von bis zu 10 Milliarden Franken auf dem Spiel. // Johannes von Mandach & Klaus W. Wellershoff

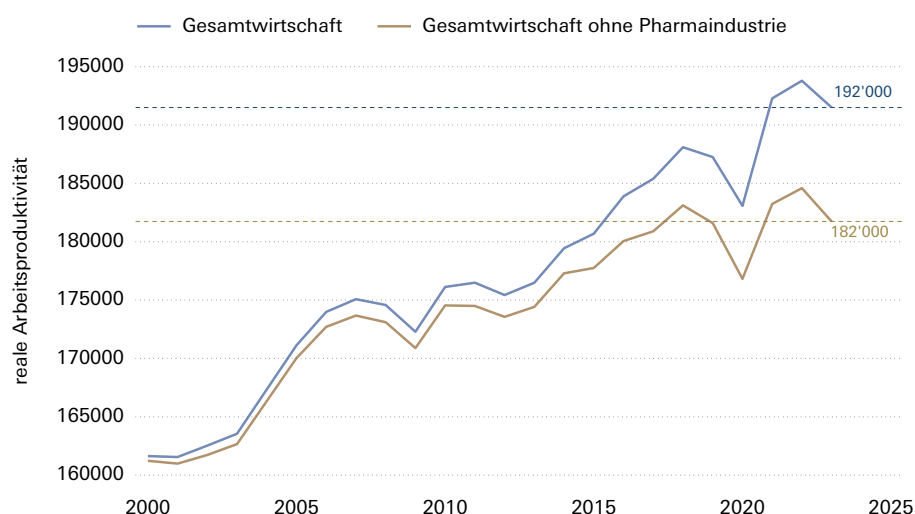
Kaum eine Schweizer Branche stand in den letzten Monaten stärker im Fokus als die Pharmaindustrie. Das liegt nicht nur an ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, sondern auch daran, dass ihre Zukunft hierzulande zunehmend infrage gestellt wird. Die US-Politik versucht mit Zöllen und Regulierungen, die Produktion oder zumindest Teile davon auf amerikanischen Boden zu verlagern. Gelingt das, wären nicht nur die Arbeitsplätze der hier beschäftigten Arbeitskräfte gefährdet, sondern auch die Staatsfinanzen betroffen. Die Pharmaindustrie leistet einen wesentlichen Beitrag zu den Staatseinnahmen und finanziert Leistungen, von denen die gesamte Bevölkerung profitiert.

Ungewöhnlich hohe Produktivität

Die Grössenordnung der fiskalischen Folgen lässt sich anhand des Anteils der Branche an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung analysieren. Dieser Beitrag ist aussergewöhnlich hoch, weil die Pharmaindustrie überdurchschnittlich produktiv ist. Im Jahr 2023 erzielte sie pro vollzeitäquivalenter Arbeitsstelle eine Wertschöpfung von rund 1004'000 Franken.

Diese hohe Produktivität beruht auf intensiven Investitionen in Anlagen, Forschung und Technologie. Die Produktion ist stark automatisiert und exportorientiert, wodurch hohe Fixkosten auf ein globales Absatzvolumen verteilt werden können. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Produktivität der übrigen Wirt-

Grafik 1: Arbeitsproduktivität in der Schweizer Wirtschaft mit und ohne Pharma



Quellen: Bundesamt für Statistik (BfS), Wellershoff & Partners

Die Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Schweiz seit dem Jahr 2000. Sie wird gemessen als Wertschöpfung pro vollzeitäquivalente Arbeitsstelle. Dargestellt sind die Gesamtwirtschaft sowie die Gesamtwirtschaft ohne Pharmabranche. Die hohe Produktivität der Pharmaindustrie hebt den gesamtwirtschaftlichen Schnitt deutlich an. Bereits bei einer teilweisen Abwanderung der Branche wäre daher mit einem spürbaren Rückgang der durchschnittlichen Produktivität zu rechnen, was einen substantiellen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und damit auch auf die Staatseinnahmen hätte.

schaft lag im gleichen Jahr bei rund 182 000 Franken pro vollzeitäquivalenter Arbeitsstelle, was etwa einem Fünftel der Pharmaindustrie entspricht.

Verlagerung und Produktivitätslücke

Würde die Branche oder zumindest Teile davon abwandern, wären die freigesetzten Arbeitskräfte und das Kapital nicht einfach verloren, sondern fänden mit hoher Wahrscheinlichkeit neue Verwendung. Die Schweizer Wirtschaft ist anpassungsfähig; strukturelle Arbeitslosigkeit über längere Zeiträume unwahrscheinlich. Entscheidend ist jedoch, wie effizient diese Ressourcen künftig eingesetzt werden könnten.

Eine neutrale Annahme ist, dass die freiwerdenden Arbeitskräfte und das Kapital künftig im Durchschnitt der übrigen Schweizer Wirtschaft eingesetzt würden. Im Extremfall einer vollständigen Abwanderung der Pharmabranche würden die rund 50 000 Vollzeitäquivalente nach einer gewissen Anpassungszeit also mit einer durchschnittlichen Produktivität von 182 000 Franken arbeiten. Das entspräche einer Wertschöpfung von rund 9 Milliarden Franken. Heute erwirtschaftet die Pharmabranche mit denselben Arbeitskräften rund 51 Milliarden Franken, womit eine Lücke von etwa 42 Milliarden Franken entstünde.

Effekt für die Staatseinnahmen

Ein Rückgang der Wertschöpfung wirkt sich direkt auf das volkswirtschaftliche Einkommen aus, aus dem der Staat seine Einnahmen bezieht. Die Staatseinnahmenquote zeigt, welcher Anteil dieser Einkommen über Steuern und Abgaben an Bund, Kantone und Gemeinden zurückfliesst. In der Schweiz liegt sie bei rund 31 Prozent. Übertragen auf eine Wertschöpfungslücke von 42 Milliarden Franken ergäbe das rechnerisch rund 13 Milliarden Franken an entgangenen Einnahmen pro Jahr.

Die einfache Hochrechnung mit der Staatseinnahmenquote ist allerdings nur eine Annäherung. Sie verzerrt das Bild insbesondere mit Blick auf zwei Effekte, die in entgegengesetzte Richtungen wirken. Der erste betrifft die Lohnstruktur. Die Pharmabranche zahlt überdurchschnittlich hohe Löhne. Weil der Steuersatz mit dem Einkommen steigt, führen höhere Löhne zu überproportional höheren Steuereinnahmen.

Der zweite Effekt betrifft die Kapitalintensität. Die Branche investiert massiv in Anlagen, Technologie und

Forschung. Ein grosser Teil der Wertschöpfung fliesst deshalb nicht als Lohn an die Arbeitskräfte, sondern verbleibt als Kapitaleinkommen, etwa in Form von Gewinnen, Abschreibungen oder Zinsen. Diese Kapitaleinkommen unterliegen primär der Gewinnsteuer, deren Sätze deutlich unter jenen der Einkommenssteuer liegen. Zudem ist der effektiv angewendete Steuersatz in der Pharmabranche tiefer als im Branchenschnitt, da Forschungs- und Entwicklungsausgaben abzugsberechtigt sind.

Im Ergebnis überwiegt der zweite Effekt den ersten. Der hohe Kapitalanteil in Verbindung mit den niedrigeren Gewinnsteuern führt dazu, dass pro Franken Wertschöpfung insgesamt weniger an den Staat zurückfliesst, als die pauschale Staatseinnahmenquote nahelegt. Hinzu kommt, dass ein Teil der Staatseinnahmen (rund 10 bis 15 Prozent) aus Quellen wie staatlichem Vermögen oder Gebühren stammt und damit unabhängig von der laufenden wirtschaftlichen Produktion entsteht. Eine pauschale Anwendung der Staatseinnahmenquote überschätzt daher die tatsächliche steuerliche Belastung der Wertschöpfung. Selbst bei einer konservativen Berechnung dürften die entgangenen Staatseinnahmen bei einem vollständigen Wegzug jedoch zwischen 8 und 10 Milliarden Franken liegen.

In der Praxis wäre allerdings wohl nur ein Teil der heutigen Wertschöpfung von einer Verlagerung betroffen. Entfielen beispielsweise die US-bezogenen Geschäfte – die rund ein Drittel der Pharmaexporte ausmachen und hier vereinfachend als Grössenordnung für die betroffene Wertschöpfung dienen –, ergäbe sich eine Lücke von etwa 14 Milliarden Franken. Nach Berücksichtigung aller Effekte entspräche dies einem fiskalischen Verlust von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr.

Vergleich mit Branchenangaben

Die Analyse legt nahe, dass die Branchenverbände in ihrer Kommunikation wahrscheinlich zu vorsichtig sind. Interpharma schätzt den Steuerbeitrag der Pharmabranche auf rund 5 Milliarden Franken, davon etwa 2 Milliarden Einkommens- und 3 Milliarden Gewinnsteuern. Diese Schätzung erfasst jedoch nur einen Teil des fiskalischen Beitrags. Sie berücksichtigt weder indirekte Effekte wie höhere Mehrwertsteuereinnahmen aus dem Konsum der Angestellten noch die Tatsache, dass selbst die direkten Effekte tendenziell zu tief ausfallen dürften, da sie auf Angaben der Mitgliedsunternehmen beruhen

und damit nicht die gesamte Branche abdecken. Zudem wird die Steuerprogression bei den Angestellten aufgrund fehlender Daten nur teilweise berücksichtigt.

Substanzielle Lücken in den Budgets

Bei gesamten Einnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden von 256 Milliarden Franken im Jahr 2023 entsprächen 8 Milliarden rund 3 Prozent und 10 Milliarden gut 4 Prozent. Würde hingegen nur der US-bezogene Teil der Pharmawertschöpfung betroffen sein, läge der Ausfall bei rund 3 Milliarden Franken oder etwas über 1 Prozent der gesamten Staatseinnahmen.

Die Folgen wären besonders ausgeprägt in Regionen mit hoher Branchenkonzentration. In Basel etwa hängt ein erheblicher Teil der kantonalen Steuereinnahmen direkt oder indirekt von der Pharmaindustrie ab. Bereits eine teilweise Verlagerung würde dort spürbare Lücken in den öffentlichen Budgets hinterlassen.

Das zeigt, wie stark die Schweizer Staatsfinanzen vom Erfolg hochproduktiver Branchen abhängen. Entscheidend ist damit nicht nur, wie die Pharmaindustrie auf den politischen Druck reagiert, sondern auch, welche Rahmenbedingungen die Schweiz setzt, um den Erfolg solcher Branchen langfristig zu sichern. Diese fiskalische Dimension verdient in der politischen Debatte mehr Aufmerksamkeit.

Rechtliche Hinweise

Diese Publikation wurde durch Wellershoff & Partners Ltd. zusammengestellt und veröffentlicht. Sie dient ausschliesslich zu Ihrer Information und stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Offertenstellung, zum Kauf oder Verkauf von Anlage- oder anderen spezifischen Produkten dar. Die hierin enthaltenen Analysen basieren auf zahlreichen Annahmen. Unterschiedliche Annahmen könnten zu materiell unterschiedlichen Ergebnissen führen. Einige Dienstleistungen und Produkte unterliegen gesetzlichen Beschränkungen und können deshalb nicht unbeschränkt weltweit angeboten und/oder von allen Investoren erworben werden. Alle in dieser Publikation enthaltenen Informationen und Meinungen stammen aus als zuverlässig und glaubwürdig eingestuften Quellen, trotzdem lehnen wir jede vertragliche oder stillschweigende Haftung für falsche oder unvollständige Informationen ab. Alle Informationen und Meinungen sind nur zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation aktuell und können sich jederzeit ohne Vorankündigung ändern. Bei Illiquidität des Wertpapiermarkts kann es vorkommen, dass sich gewisse Anlageprodukte nicht sofort realisieren lassen. Aus diesem Grund ist es manchmal schwierig, den Wert Ihrer Anlage und die Risiken, denen Sie ausgesetzt sind, zu quantifizieren. Der Termin- und Optionenhandel ist mit Risiken behaftet. Die Wertentwicklung einer Anlage in der Vergangenheit stellt keine Gewähr für künftige Ergebnisse dar. Manche Anlagen können plötzlichen und erheblichen Wertverlusten unterworfen sein. Bei einer Liquidation Ihrer Anlagewerte kann es vorkommen, dass Sie weniger zurückerhalten als Sie investiert haben, oder dass man Sie zu einer Zusatzzahlung verpflichtet. Wechselkursschwankungen können sich negativ auf den Preis, Wert oder den Ertrag einer Anlage auswirken. Wir können nicht auf Ihre persönlichen Anlageziele, finanzielle Situation und Bedürfnisse im Rahmen dieser Publikation eingehen und empfehlen Ihnen deshalb, vor einer Investition in eines der in dieser Publikation erwähnten Produkte Ihren Finanz- und/oder Steuerberater bezüglich möglicher – einschliesslich steuertechnischer – Auswirkungen zu konsultieren. Dieses Dokument darf ohne vorherige Einwilligung von Wellershoff & Partners Ltd. weder reproduziert noch vervielfältigt werden. Wellershoff & Partners Ltd. untersagt ausdrücklich jegliche Verteilung und Weitergabe dieser Publikation an Dritte. Wellershoff & Partners Ltd. ist nicht haftbar für jegliche Ansprüche oder Klagen von Dritten, die aus dem Gebrauch oder der Verteilung dieser Publikation resultieren. Die Verteilung dieser Publikation darf nur im Rahmen der dafür geltenden Gesetzgebung stattfinden.

Impressum

Herausgegeben von // Wellershoff & Partners Ltd., Zürich
Autoren // Johannes von Mandach & Klaus W. Wellershoff
Konzeption // Wellershoff & Partners Ltd., Zürich
Gestaltung // Feinmass Kommunikationsdesign, Luzern

Die W&P Current Perspectives erscheinen in deutscher Sprache.
Redaktionsschluss: 4. November 2025